

Hitze im politischen Diskurs: Mercosur-Abkommen spaltet Österreich!

Der Streit um das EU-Mercosur-Abkommen beschäftigt die österreichische Politik: Zustimmung, Widerstand und wirtschaftliche Auswirkungen werden diskutiert.

Vienna, Österreich - Der neueste Stand zum EU-Mercosur-Freihandelsabkommen beschäftigt die politische Landschaft in Österreich. Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer (ÖVP) hat sich offen für das Abkommen ausgesprochen, während der Widerstand aus dem ÖVP-Bauernbund wächst. Der Präsident des Bauernbundes, Georg Strasser, wies Hattmannsdorfers Vorstoß zurück und argumentierte, dass Billigimporte aus Südamerika eine ernsthafte Bedrohung für die heimische Landwirtschaft darstellen könnten. **Vienna.at** berichtet, dass die NEOS als einzige politische Kraft das Abkommen unterstützen, während die SPÖ eher kritisch und die FPÖ klar ablehnend eingestellt sind.

Kritiker des Abkommens warnen vor den potenziellen negativen Auswirkungen auf die heimische Landwirtschaft. Der österreichische Bauernbund fordert unter anderem, dass gleiche Standards für Importe eingehalten werden, um die heimischen Produzenten zu schützen. Paul Nemecek, Direktor des Niederösterreichischen Bauernbundes, fordert, dass der Minister für seine Aussagen zur Verantwortung gezogen wird.

MeinBezirk.at beschreibt, dass aus wirtschaftlicher Sicht eine positive Perspektive besteht, da das Abkommen die Möglichkeit bietet, neue Handelspartner zu erschließen.

Wirtschaftliche Perspektiven und Bedenken

Die Industriellenvereinigung (IV) unterstützt das Abkommen und sieht darin eine Chance zur Diversifizierung der Handelspartner. Christoph Neumayer, Generalsekretär der IV, betont, dass nach fast 25 Jahren Verhandlungen eine Einigung in greifbare Nähe rückt. Aktuell sichern die Wirtschaftszusammenarbeit mit Mercosur-Staaten über 32.000 Arbeitsplätze in Österreich. Zudem könnte der Abbau von Zöllen jährliche Einsparungen in Milliardenhöhe bedeuten. **Die Presse** hebt hervor, dass die Bruchlinie zwischen Industrie und Landwirtschaft für unterschiedliche Reaktionen sorgt. Während Agrarier Job- und Qualitätsverluste befürchten, erhofft sich die Industrie mehr Außenhandel.

Die FPÖ kritisiert das Freihandelsabkommen scharf und bezeichnet es als Verrat an den Interessen der heimischen Bauern. Parteichef Herbert Kickl warnt zudem vor einem „massiven Angriff“ auf die österreichische Landwirtschaft durch Billigprodukte aus Südamerika. Gleichzeitig betont die SPÖ, dass die Zustimmung zum Abkommen mit dem Abbau von Arbeitnehmerrechten und Problemen im Klimaschutz verbunden sein könnte. In diesem Kontext sieht Grünen-Chef Kogler die Notwendigkeit, den Transport landwirtschaftlicher Produkte zu hinterfragen, um Regenwaldzerstörungen zu vermeiden.

Politische Positionen und weitere Entwicklungen

Der ÖVP-Bauernbund bleibt in seiner Opposition stark, und Landwirtschaftsminister Totschnig verweist auf einen alten Nationalratsbeschluss aus dem Jahr 2019, der sich gegen das Abkommen ausspricht. Diese Bedenken stehen in starkem Kontrast zur Unterstützung, die das Freihandelsabkommen von der Industrie erhält, wo es als wichtig für den Zugang zu internationalen Märkten gesehen wird. Die EU-Kommission möchte die Verhandlungen vorantreiben, auch wenn Länder wie Frankreich Vorbehalte äußern, insbesondere im Hinblick auf die heimische Landwirtschaft.

Auf der anderen Seite sind Arbeitnehmervertreter besorgt über mögliche Jobverluste und Umweltbelastungen, was die Debatte um das Mercosur-Abkommen weiter anheizt. Bislang bleibt die politische Einigung ungewiss, während die verschiedenen Interessen innerhalb der Gesellschaft immer deutlicher zutage treten.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.vienna.at• www.meinbezirk.at• www.diepresse.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at